

# Misereor-Jahresbilanzpressekonferenz

---

Berlin, 17. August 2023

Statement Pirmin Spiegel

Hauptgeschäftsführer von Misereor e.V.

**SPERRFRIST: 17. August 2023, 10 Uhr**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Jahresbilanzpressekonferenz von Misereor. Mit einem ausdrücklichen Wort des Dankes an unsere Spenderinnen und Spender will ich sie beginnen. Mit 61,7 Millionen Euro an Spenden und Kollekten haben sie unsere Projekt-, Lobby, Advocacy- und Bildungsarbeit sehr großzügig unterstützt. Das ist umso höher zu bewerten, als die Folgen von Inflation, Ukraine-Krieg und Corona-Pandemie viele Menschen auch in Deutschland hart treffen. Stellvertretend für die von unseren mehr als 1800 Partnerorganisationen unterstützten Menschen im Globalen Süden danken wir von Herzen für die große Solidarität unserer Spenderinnen und Spender. Insgesamt standen Misereor 2022 einschließlich der Gelder aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 241,5 Millionen Euro zur Verfügung. Aktuell unterstützt Misereor etwa 3200 Projekte in 86 Ländern. Danken will ich ebenso dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Näheres dazu wird Ihnen im Anschluss Prälat Dr. Karl Jüsten als Leiter der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungszusammenarbeit erläutern.

Was bewegt uns derzeit besonders bei Misereor?

Das sind vor allem die aktuellen politische Krisen in mehreren Regionen Afrikas, wie z.B. dem Niger und der Sahel Zone, oder im Sudan und Äthiopien, die auch bei uns die Schlagzeilen beherrschen. Die aktuellen Ereignisse im Niger beeinträchtigen zunehmend die Arbeit unserer Partner vor Ort, die bislang als Bollwerk gegen Hoffnungslosigkeit und Instabilität dienten. Der Zugang zu benachteiligten Bevölkerungsgruppen in abgelegenen Regionen wird komplizierter und riskanter, die für die Arbeit notwendigen Ausrüstungen, Strom und Treibstoff werden knapper. Es gibt immer wieder Angriffe auf Mitarbeiter\*innen und Versuche bewaffneter Gruppen, Fahrzeuge und Materialien zu entwenden oder zu beschlagnahmen. Europa sollte mit Zurückhaltung reagieren und unangemessene Einmischungen vermeiden. Das zeigt auch der gescheiterte Militäreinsatz in Mali. Wir sollten es aushalten, dass Länder ihre Souveränität ausüben und nach eigenen Lösungen für ihre inneren Widersprüche suchen, auch im Verbund mit größeren regionalen Bündnissen.

Generell sind es die massiven Konsequenzen der vielen Krisen unserer Zeit, die vor allem Menschen in Ländern mit hoher Armutsquote treffen. Vom Ziel 2 der UN-Nachhaltigkeitsziele – der Beseitigung des Hungers – sind wir momentan weit entfernt. 735 Millionen Menschen haben nicht genug zu essen, 345 Millionen hungern akut. Dabei sind Unterernährung und Hunger kein Mengenproblem, sondern eine Folge sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit. In Zeiten, da hunderte Milliarden Euro in die Stabilisierung von Finanzmärkten oder die Verbesserung unserer militärischen Fähigkeiten investiert werden, darf die Bekämpfung des Hungers nicht zurückstehen. Hunger ist politisch und er ist vermeidbar, wenn wir nachhaltige, klimaresiliente,

lokale bzw. regionale Ernährungssysteme fördern, bedürftigen Ländern ihre Schulden erlassen und der Weltbank bessere finanzielle Möglichkeiten zur Stützung verarmter Weltregionen eröffnen.

Was mich besonders schmerzt, ist noch eine andere Zahl: 3,6 Milliarden Menschen leben in Gebieten, die potenziell stark von der Klimakrise etwa durch Dürren und Überschwemmungen betroffen sind. Was heißt das konkret? Blicken wir nach Ostafrika und weitere Länder im Sahel, in den Kongo oder nach Südsudan. Das Wetter wird dort unberechenbarer – und extremer: Lange Dürreperioden wechseln sich mit überaus starken Niederschlägen ab und führen zu Ernteeinbußen. Millionen Menschen hungern schon jetzt und sind auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Misereor hat daher Nothilfeprojekte in Höhe von über 3,6 Millionen Euro für lokale Partnerorganisationen zur Verfügung gestellt, um Menschen mit Nahrungsmitteln, sauberem Wasser und Medikamenten in den betroffenen Ländern versorgen zu können. Angesichts dieser akuten Hungerkatastrophen müssen internationale Lebensmittelhilfen weiter aufgestockt werden. Wichtig bleibt ebenfalls die langfristige Unterstützung von lokalen Landwirtschaftsprojekten und weitere Anpassungen an den Klimawandel, damit die Menschen in ihrer Resilienz dem Klimawandel gegenüber gestärkt werden.

Erst vorgestern erreichte uns von unseren Partnern aus Äthiopien die Nachricht, dass die Region Tigray, wo zuletzt die politischen Spannungen wieder zugenommen haben, akut von einer Heuschreckenplage bedroht ist und damit die neuen Ernten, die sehnlichst erwartet wurden. Nach den Jahren des Bürgerkrieges sind die lokalen Ämter so geschwächt, dass nun dringend nötige Maßnahmen zur Bekämpfung der Heuschrecken nicht flächendeckend in die Wege geleitet werden.

Misereor-Partner können hier nun mit Techniken und Erfahrungen aus anderen Ländern unterstützend zur Seite stehen.

Schauen wir nach Fidschi, einer Inselgruppe im Pazifik. Der Meeresspiegel steigt dort bedingt durch die Erderhitzung kontinuierlich an und führt dazu, dass Menschen darüber nachdenken müssen, ihre Heimatorte zu verlassen, weil diesen die Überflutung droht. Zu Jahresbeginn war ich auf Fidschi und besuchte einen Friedhof, der vollständig von Meerwasser überschwemmt ist. Sie sehen, wie existenziell der Klimawandel Menschen trifft. Auch in Europa, wie zuletzt in Slowenien, sind Menschen von verheerenden Überschwemmungen betroffen. Auf Fidschi wird der Meeresspiegel weiter ansteigen und Orte werden dauerhaft unbewohnbar. Klar bleibt: Leiden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Deutschland tut im globalen Vergleich eine Menge, um solchen Krisen entgegenzuwirken. Und doch sind sowohl die Entscheidungen der Politik wie auch persönliche Handlungsbereitschaft nicht ausreichend, wenn es darum geht, der Erderhitzung durchgreifende Veränderungen entgegenzusetzen. Wir müssen zu einer stärkeren Haltung der Genügsamkeit und des Maßhaltens kommen. Darauf zu vertrauen, unser Leben und Produzieren könne im Wesentlichen unverändert weitergehen, wenn wir nur moderne, regenerative Technologien anwenden, ist ein Trugschluss. Zweifellos benötigen wir innovative technische Lösungen. Damit ist es nicht getan. Wir brauchen zugleich eine Ethik der Sorge und Achtsamkeit, der Solidarität und Verantwortung, eine Ethik der Genügsamkeit. Schließlich braucht es eine Gerechtigkeit als Minimum an Recht, das wir dem anderen zugestehen. Innovation und Suffizienz sind keine Gegensätze, sondern müssen zusammengedacht werden. Mit dem Erwerb seltener Mineralien für Smartphones, Elektroautos etc. müssen die Fragen von Ausbeutung, Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen zusammengebracht werden. Ziel muss es sein, bei allen notwendigen Veränderungen ein gesundes und würdevolles Leben für alle sicherzustellen.

Deutschland trägt als eines der reichsten Länder der Erde eine hohe Verantwortung dafür, dass wir der Vision einer menschenwürdigen und gerechteren Welt für alle näher kommen. Die UN-Nachhaltigkeitsziele, auf die die Völkergemeinschaft sich bis 2030 verpflichtet hat, können nicht

allein mit mehr Geld erreicht werden. Auch die Art und Weise unseres Lebens und Wirtschaftens hat unmittelbare Auswirkungen darauf, ob andere Länder die Nachhaltigkeitsziele erreichen können, ob auch dort Umwelt, Menschen und Arbeitnehmer\*innenrechte geschützt werden. Das Lieferkettengesetz spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Wir setzen uns in Brüssel und Berlin gemeinsam mit einem Bündnis aus Umweltverbänden, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen dafür ein. Zuletzt haben 160 hochrangige Vertreter von Religionsgemeinschaften aus der ganzen Welt ein wirksames EU-Lieferkettengesetz gefordert, darunter viele Bischöfe aus dem Globalen Süden und Europa. „Niemand soll zurückgelassen werden“, das Versprechen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015 bleibt.

Misereor wird nicht müde werden, für eine andere, bessere Welt einzustehen. Wir sehen es als seine zentrale Aufgabe an, Unrecht, Fehlentwicklungen oder skandalöse wirtschaftliche Praktiken zu benennen. In nächster Zeit gilt ein Augenmerk dem Schutz von Landwirtinnen und Landwirten vor gefährlichen Pestiziden: Hochgiftige Pflanzenschutzmittel, die in der EU aufgrund ihrer Risiken verboten sind, kommen in anderen Ländern unserer Welt weiter zum Einsatz. Einige dieser Pestizide werden in Deutschland hergestellt und von dort exportiert. Als Teil einer weltweiten Bewegung setzen wir uns für die Abschaffung solcher Doppelstandards ein.

Zum Schluss will ich an eine weitere humanitäre Krise erinnern: Die Augen der Weltöffentlichkeit sind mittlerweile kaum noch auf das unermessliche Leid gerichtet, das das verheerende Erdbeben vor einem halben Jahr in Syrien und der Türkei ausgelöst hat. Auch jetzt noch ist die Not vor Ort groß, sind Trümmer und Schutt vielfach nicht beseitigt und Betroffene auf unmittelbare Hilfe zum Überleben angewiesen. Partnerorganisationen von Misereor sind in dieser Situation in Syrien weiter eng an der Seite dieser Menschen – mit Unterstützung und Versorgung im Alltag und langfristigen Projekten für den Wiederaufbau.

Nicht nur die Folgen des Erdbebens, auch der andauernde Krieg beutelt und quält die Bevölkerung Syriens weiterhin. Mehr als 5,6 Millionen Menschen sind wegen der gewaltsamen Auseinandersetzungen in diesem Land auf der Flucht.

Sie bedürfen ebenso unserer Solidarität wie die aktuell insgesamt 110 Millionen Geflüchteten auf unserem Erdplaneten. In den vergangenen zehn Jahren hat sich deren Zahl mehr als verdoppelt. Vor diesem Hintergrund sind Debatten in Deutschland über eine Infragestellung des individuellen Rechts auf Asyl, aber auch die restriktiver werdende Asyl- und Einwanderungspolitik der EU, der Weltlage nicht angemessen. Stattdessen brauchen wir partnerschaftliche Abkommen mit den Ländern des Globalen Südens, die auch die Situation in den Herkunfts- und Transitländern berücksichtigt und Migration gemeinsam und menschengerecht gestaltet.

Flüchtende und Vertriebene brauchen mehr Schutz und menschenwürdige Antworten!

Menschenrechte gelten für alle Menschen – ohne Ausnahme, und der humane und faire Umgang mit Schutzsuchenden ist keine freiwillige Option.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit!